

Weilburger Anzeiger

Kreisblatt für den  Oberlahnkreis

Amtliches Organ für sämtliche Bürgermeisterämter des Oberlahnkreises.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bestes und gelesenstes Blatt im Oberlahnkreis.
Fernsprecher Nr. 59.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fr. Kramer, Weilburg.
Druck und Verlag von H. Kramer
Großherzoglich-Luxemburgischer Hoflieferant.

Bezugspreis: monatlich abgeholt 85 Hfg., durch Boten gebracht
95 Hfg., durch die Post 2,85 Mk. vierteljährlich ohne Postgeld,
Einkaufspreise: 29 Hfg. die einpaltige Zeile.

Nr 287 — 1918.

Weilburg, Montag, den 9. Dezember.

70. (78.) Jahrgang.

Der frühere deutsche Kronprinz im Exil.



Oberes Bild: das Pastorenhaus von Jupolishoel auf der Insel Bieringen (Holland), die gegenwärtige Wohnstätte des Extronprinzen. Unteres Bild: die Ankunft des Extronprinzen (X) mit seinem Gefolge an Bord eines holländischen Motorbootes auf der Insel Bieringen.

Amtlicher Teil

Bekanntmachung

über den Verkehr mit Saat- und Steckzwiebeln zu Saatwecken und deren Höchstpreise.

Auf Grund der §§ 4, 11 und 12 der Verordnung über Gemüse, Obst und Süßfrüchte vom 3. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 307) wird unter Aufhebung der Bekanntmachung gleichen Inhalts vom 15. November 1917 (Reichsanzeiger Nr. 273) bestimmt:

§ 1.

Im Gebiet des Deutschen Reiches dürfen Saat- und Steckzwiebeln zu Saatwecken nur gegen Saatkarte und mit Genehmigung der zuständigen Landesstellen für Gemüse und Obst (in Preußen und Elsaß-Lothringen der Provinzial- und Bezirksstellen für Gemüse und Obst) abgesetzt werden. Die genannten Stellen erlassen die näheren Bestimmungen über die Saatkarte und über die Voraussetzungen, unter denen die Genehmigung zu erteilen ist.

§ 2.

Soweit inländische Saat- und Steckzwiebeln nach § 1 dieser Bekanntmachung zu Saatwecken gegen Saatkarte und mit Genehmigung der zuständigen Stellen abgesetzt werden, dürfen bei dem Verkauf durch den Erzeuger die nachstehenden Sätze je Zentner nicht überschritten werden:

Für Saatzwiebeln bis 31. Dezember 1918 21 M.
vom 1. Januar 1919 ab
je Monat und Zentner
1 M. mehr

für Steckzwiebeln

1. längliche und ovale:

Größe I. unter 1 1/2 cm Durchmesser 100 M.
Größe II. 1 1/2 bis 2 cm Durchmesser 80 "

Größe III. 2 bis 2 1/2 cm Durchmesser 60 "

2. plattrunde:

Größe I. unter 2 cm Durchmesser 120 M.

Größe II. 2 bis 2 1/2 cm Durchmesser 100 "

Größe III. 2 1/2 bis 3 cm Durchmesser 80 "

§ 3.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 28. November 1918.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.

Bekanntmachung.

1. Alle Verwaltungsbehörden in Stadt und Land werden hierdurch aufgefordert, unter Heranziehung der zur Auf-

rechterhaltung der Ordnung gebildeten Organisationen mit größtem Nachdruck dahin zu wirken, daß alle Versprengten angehalten und möglichst zu kleinen Trupps unter Führung eines Offiziers oder Unteroffiziers zusammengeführt werden. Sie sind den nächst durchmarschierenden oder in der Nähe liegenden geschlossenen Truppsverbänden zuzuführen, die sie ihrem Verband unter Meldung an die vorgeordnete Dienststelle eingliedern. Nur so kann eine geordnete Verpflegung, Unterbringung und Rückkehr in die Heimat, wie richtige Entlassung gewährleistet werden.

2. Soldaten, die ihnen dienstlich anvertraute Sachen, wie Bekleidungsstücke, Waffen, Pferde, Vieh usw. veräußern, machen sich des Diebstahls oder der Unterschlagung schuldig, sie handeln pflichtvergessen und schaden der Gesamtheit des Volkes. Sie werden unnachlässig gerichtlich verfolgt werden und haben auf spätere Begnadigung nicht zu rechnen.

Uflicht jedes ehrliebenden Soldaten wie der Bevölkerung ist es, solche Schandtaten zu verhindern und Schuldige zur Anzeige zu bringen.

Wer anderseits solche Sachen von Soldaten erwirbt, setzt sich der gerichtlichen Bestrafung wegen Hehlerei § 259 St. G. B. aus.

Armee-Ober-Kommando 5.

I. R. 1809. Weilburg, den 22. November 1918.

Den Herren Bürgermeistern der Stadt- und Landgemeinden

zur gefl. Kenntnis, genauen Beachtung und Belehrung der Bevölkerung.

Eine längere Zurückhaltung von Versprengten zwecks Bildung kleinerer Trupps ist natürlich untunlich, zumal in Gemeinden, welche von den Heeresströmen abgelegen sind. Bietet sich nicht Gelegenheit zum baldigen Anschluß an durchmarschierende Trupps, so sind die Versprengten dem nächsten Garnisonkommando zuzuführen.

Wegen des An- und Verkaufs von Waffen, Pferden und sonstigem Staatsgutem nehme ich auf meine Kreisblattbekanntmachung Bezug, wonach Hehlerei mit Gefängnis und Zuchthaus bestraft wird.

Der Landrat.

J. Nr. II. R. 1626. Weilburg, den 5. Dezember 1918.

Bez.: Einkünfte von Mitteln in den Etat pro 1919/20.
An die Herren Bürgermeistern der nachstehend aufgeführten Gemeinden.

Die von den Oberförstereien für das Jahr 1919 aufgestellten Betriebspläne für die Gemeindeväldungen sind von dem Herrn Regierungs-Präsidenten genehmigt worden. Die Kosten der im Jahre 1919 auszuführenden Vermessungs- und Betriebsregulierungsarbeiten, soweit solche nach den bestehenden Vorschriften den Gemeinden zur Last fallen, sind veranschlagt und zwar:

Ahnsen 450 M., Allendorf 700 M., Altkirchen 800 M., Arfurt 421 M., Aulenhäuser 220 M., Aumau 485 M., Barig-Selbhausen 560 M., Bernbach 800 M., Blesleben 400 M., Cubach 700 M., Dietershausen 350 M., Dillhausen 150 M., Drommershausen 700 M., Edelsberg 900 M., Eiserhausen 600 M., Ennerich 105 M., Ernshausen 700 M., Eschenau 223 M., Efferdhausen 700 M., Falkenbach 160 M., Fretelsfeld 400 M., Gaudernbach 635 M., Gröden 600 M., Hasselbach 700 M., Hecholzhausen 550 M., Hirschhausen 1600 M., Hofen 233 M., Kirchhofen 550 M., Laimbach 500 M., Langenbach 360 M., Laubuschbach 500 M., Löhnberg 2510 M., Lügendorf 260 M., Mengerskirchen 680 M., Merenberg 1490 M., Mörtau 150 M., Münster 579 M., Niedershausen 900 M., Niedertiefenbach 320 M., Obershausen 280 M., Ober-tiefenbach 500 M., Odersbach 520 M., Philippstein 1600 M., Probbach 30 M., Reichenborn 180 M., Rohnstadt 650 M., Rückershausen 20 M., Runkel 1027 M., Schabed 232 M., Schupbach 925 M., Seelbach 610 M., Selters 600 M., Steeden 378 M., Willmar 1980 M., Walderbach 1075 M., Waldhausen 850 M., Weilburg 800 M., Weilmünster 3600 M., Weinbach 1800 M., Weyer 650 M., Winkels 40 M., Wirlschau 449 M., Wolfshausen 836 M.

Ich erlaube die Bereitstellung dieser Geldbeträge in den Voranschlägen für 1919/20 zu bewirken.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

I. 5105. Weilburg, den 5. Dezember 1918.

Bekanntmachung.

Die Entlassungsanstalt auf dem Gefangenen-Lager bei Limburg a. L. ist für entlassene Soldaten täglich von nachmittags 1 Uhr ab geöffnet.

Der Landrat.

Ländliche Fabrikarbeiter, zurück aufs Land!

Der gewaltige Bedarf an Kriegsmaterial hatte es mit sich gebracht, daß auch Arbeitskräfte vom Lande in den Fabriken beschäftigt werden mußten. Das war damals richtig; heute gilt es aber, diese Plätze frei zu machen für heimkehrende Krieger, die keine Beziehungen zum Lande haben, deren Arbeitsstätte von jeher die Fabrik war. Darum: Ländliche Fabrikarbeiter, zurück aufs Land!

Hier ist jetzt Arbeit die Fülle. In der Vermehrung der landwirtschaftlichen Erzeugung liegt der Neu-Aufbau der Volkswirtschaft begründet. Vervielfachte Arbeitskräfte, neuzeitliche Bewirtschaftung verstärken die Erzeugung und schaffen neue Werte für die Volksernährung. Darum nochmals: Zurück aufs Land!

Der Nachweis von Stellen für diejenigen, die nicht in eigene Betriebe oder Betriebe von Verwandten zurückkehren, besorgen die Kreis-Bauern- und Arbeiterräte.

Nichtamtlicher Teil

Deutschland wartet.

Am Mittag des 9. Dezember hat der damalige Reichstagsabgeordnete Scheidemann vor dem Reichstagsgebäude in Berlin die deutsche Republik proklamiert, die also jetzt einen Monat alt wird. So lange wird aber auch darauf gewartet, daß die Entente die Grundsätze der Kultur, des Versöhnungs- und Rechtsfriedens, die Präsident Wilson verkündet hat, zur Anwendung bringt. Wir warten bisher umsonst, obwohl es wahrlich nicht an Gelegenheit gefehlt hat, Deutschland, das nicht besiegt ist, sondern den Gegnern durch Annahme der Waffenstillstandsbedingungen ein Zeichen seines ernsten Friedenswillens gab, einen Beweis neuer Völkervernähmung zu geben. Immer noch nicht ist die deutsche Republik klipp und klar anerkannt, und ebensowenig haben wir bestimmte Zusicherungen über die Unterstützung mit Lebensmitteln erhalten. Was wir bekommen, wieviel wir erhalten, was es kostet, das werden wir noch erfahren, obwohl es bei den tatsächlichen Verhältnissen und bei der Geldlage in Deutschland doch von größter Wichtigkeit ist, zeitig unterrichtet zu sein.

Was wir gebrauchen, erhalten wir vom bisherigen Gegner nicht, dagegen fährt er fort, uns zu zeigen, daß Ritterlichkeit und Achtung des Rechtes nicht seine starken Seiten sind. Wenn es so bleiben sollte, dann wird uns die neue Friedenssonne in recht trübem Glanze leuchten. Das Auftreten der Feinde in den altdeutschen Gebieten des Rheinlandes zeigt keinerlei Berücksichtigung der neuen deutschen Republik, die bestehenden Arbeiter- und Soldatenräte sind ohne weiteres aufgelöst worden, wie es vorher schon in Elsaß-Lothringen geschehen war. Das Verhalten feindlicher Soldaten gegenüber deutschen Bürgerinnen ist viel unwürdiger, als das Auftreten unserer Truppen im besetzten Belgien und Frankreich, wo wir j. Zt. auch mit für die darbennde Bevölkerung gesorgt haben. Und warum das alles? Um den Ausbrüchen des Hasses gegen alles, was deutsch heißt, zu genügen. Dabei dauert die Ausbeutung der Waffenstillstandsbedingungen bis zur Grenze der Rechtslosigkeit Deutschlands fort, und Marshall Jogh, der eine Triumphreise nach London unternommen hat, hegt noch, wie es heißt, die Hoffnung, in Berlin einzutreten zu können. Daß diesen bedauerlichen Vorkommnissen in Berlin die nötige Aufmerksamkeit zugewendet worden ist, kann man leider nicht sagen, und doch ist es hohe Zeit. Die neue Staatsform rettet uns nicht, wenn es unsere Energie nicht tut, gegen die fremde Annäherung, die nicht nur große Landabtretungen, sondern auch unsere finanzielle und wirtschaftliche Unabhängigkeit von der Entente durchsetzen will.

Inzwischen haben wir in Deutschland den ersten wichtigen Schritt getan, um von der Revolution wieder zum Rechtsstaat zu kommen, ohne den auch die deutsche Republik nicht bestehen kann. Auch will der Feind nur mit einer Regierung Frieden schließen, die auf verfassungsmäßigem Rechtsboden steht, und die Voraussetzung davon ist die Nationalversammlung, die am 16. Februar 1919 von rund 40 Millionen deutschen Wählern und-Wählerinnen gewählt werden soll. Diese neue Volksvertretung hat dann auch den Frieden zu genehmigen. Die Ausschreibung des Wahltermins hat der allgemeinen Aufforderung nach Ruhe und Ordnung entsprochen, wie sie aus den Reihen der Frontsoldaten und des Bürgertums hervorgegangen ist. Diese Entscheidung hat den Streit um die Macht mit der radikalen sozialistischen Gruppe ein Ziel gesetzt.

Wer nichts anderes als eine Auflösung des Reichstages herbeigeführt hätte. Und dann wäre der deutsche Zukunftswohlstand begraben gewesen.

Die neue Regierung hat sich auf ein maßvolles sozialistisches Programm eingestellt, auf der die schrittweise Sozialisierung der wichtigsten Betriebe obenan steht. Ob der Plan so, wie er gedacht ist, durchgeführt werden kann, das wird von den feindlichen Friedensbedingungen abhängen, die sich auch sehr eingehend mit dem deutschen Kohlenbergbau, der zuerst der Sozialisierung unterliegen soll, beschäftigen wollen. Unsere Kriegsgewinnler werden ihre Kriegsbeute wieder herausgeben müssen. Das ist vom Reichsleiter Ebert ebenfalls nachdrücklich ausgesprochen. Auch die Erbschaftsteuer wird neben der Einkommensteuer sehr verschärft werden. Die Zahl der reichlichen Leute wird also knapper werden, damit wird aber unvermeidlich auch die Kaufkraft des Publikums sinken. Eine der allergrößten Notwendigkeiten wird die Mäßigung der Ansprüche an die neue Republik in Bezug auf Verdienst sein. Das ist auch von der neuen Regierung gerade heraus erklärt, daß wir mit allem Sozialisieren und Konfiszieren nicht anmerken so viel Geld aufbringen können, um die laut gewordenen Lohn- und sonstigen Forderungen zu erfüllen. Ohne Selbstbescheidung geht es nicht.

Die allgemeine Entlassung der Soldaten, Ersatzarbeitskräfte, die den heimkehrenden Feldgrauen das Feld wieder räumen müssen, und der Angestellten der Kriegsbetriebe ist in vollem Gange. Da stehen natürlich die Interessen derer, die wieder kommen, und derer, die gehen sollen, oft lebhaft zusammen, und es regnet mancherlei Proteste. Diese Tatsache war vorauszusehen, und es ist oft zum Sparen zur rechten Zeit gemahnt worden. Lebensmittelpreise und Löhne müssen nach und nach abgebaut werden, denn das Reich kann nicht mehr wie bisher die gewaltigen Geldauswendungen machen, und das Publikum noch weniger. Vielfach wird wieder umgelert werden müssen, und wir kommen darüber um so leichter fort, je mehr es mit gutem Willen geschieht. An Vergünstigungen wird es nach der langen Kriegszeit nicht fehlen, sie sind auch allen zu gönnen, aber die Arbeitstätigkeit wird vorantreiben müssen. Den Kriegern wird die vorbereitete umfangreiche Kolonisation in Land und Stadt viel nützen, und sie haben sie auch redlich und wacker in tausend Schlachten und Gefechten sich verdient.

Deutschland wartet auf die Tage neuer Ruhe, die uns gestatten, alle die schweren Hindernisse zu beseitigen, die einer dauernden Konsolidierung noch im Wege stehen.

Zur Lage.

Die Not in Wien.

Ein englischer und ein amerikanischer Journalist, die einen vorzüglichen Blick besitzen und deshalb nicht wie ihre vier Vorgänger zurückberufen werden können, sind aus Österreich in Wien eingetroffen, und geben folgende trostlose Schilderung der Lage in Wien:

Wien weist Kirchofstände auf. Von jener etwa so leicht lebigen Bevölkerung ist keine Spur mehr zu sehen. Fleisch ist in Wien ein unbekanntes Genussmittel geworden, Brot nur in unzureichendem Maße erhältlich. In den meisten Restaurants wird den Gästen eine fast ungenießbare Krautsuppe als einzig vorhandene Speise verabreicht. Bei äußerster Einschränkung dürften die vorhandenen Lebensmittelvorräte, wie die Stadterwaltung uns versichert

höchstens noch zwei Wochen ausreichen

und die Kohlenvorräte — für Hausbrand sowohl wie für industrielle Zwecke — in Wochenfrist aufgebraucht sein. Die Stadtbahn hat ihren gesamten Betrieb eingestellt; die Fabriken arbeiten nur noch fünf Stunden am Tage; Straßenbeleuchtung ist so gut wie nicht mehr vorhanden, und die Unzulänglichkeit des Straßenbahnverkehrs sowie der sonstigen Verkehrsmittel läßt sich überhaupt nicht ausdrücken. Die Bevölkerung selbst läßt sich auf den Fremden den Eindrud vollkommenster Apathie. Aus den hohlen, glanzlosen Augen der

zu Skeletten abgemagerten Gestalten

spricht nur noch kumme Verzweiflung, weil der Mund zu schwach ist, dieser Verzweiflung Worte zu verleihen."

Die Front gegen den Bolschewismus.

Wegen die von den Russen eigenmächtig vorgenommene Einladung von bolschewistischen Delegierten zu der Gesamtagung der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte am 16. Dezember hat der Zentralrat der gesamten Front eine entschiedene abweisende Stellung

angenommen. Der Zentralrat hat sogar erklärt, daß den russischen Abgeordneten auf jeden Fall die Einreise verweigert werden würde, und daß die gesamten Soldatenräte der Front unbedingt auf diesem Standpunkt verharren würden.

Diese entschlossene Stellungnahme des Ostbeeres verdient um so mehr Beachtung, als die Soldaten im Osten den Bolschewismus aus eigener Erfahrung kennen gelernt haben.

Gerichtlicher Schutz der heimkehrenden Krieger.

Die heimkehrenden Krieger scheinen, wie manche in die Öffentlichkeit gelangten Äußerungen erkennen lassen, zu befürchten, daß sie von ihren Gläubigern rücksichtslos zur Bezahlung ihrer Schulden angehalten werden könnten.

Diese Befürchtung ist unbegründet. Bereits durch die Verordnung des Bundesrats über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen an Kriegsteilnehmer vom 8. Juni 1916 ist dafür Sorge getragen, daß sich die in das bürgerliche Leben zurücktretenden Soldaten die erforderliche Zeit verschaffen können, um zunächst ihre wirtschaftlichen Verhältnisse zu ordnen, und daß sie nur in dem Maße, wie ihnen das möglich ist, ihre Gläubiger allmählich zu befriedigen brauchen. Sie können zu diesem Zweck bei dem Gericht eine Zahlungsfrist, oder wenn bereits ein Urteil vorliegt, die Einstellung der Zwangsvollstreckung, die wegen Geldforderungen betrieben wird, beantragen.

Diese Vergünstigung darf bis zur Dauer von sechs Monaten bewilligt werden. Nicht bloß den Angehörigen mobiler, sondern auch denen immobiler Truppenteile stehen die Befugnisse aus der genannten Verordnung zur Seite. Bei Stellung der Anträge werden den bisherigen Kriegsteilnehmern außer der Rechtsanwaltschaft auch die vielerorts errichteten Beratungsstellen zur Hand gehen.

Selbständigkeitsbestrebungen in Rheinland-Westfalen.

Die famose Regierungskunst der Berliner hat es dazu gebracht, daß in fast allen Gliedern des Reiches der Ruf „Los von Berlin" erfolgt. Diese Bestrebungen haben jetzt dazu geführt, daß der wohl wichtigste Teil Deutschlands, Rheinland-Westfalen, offen eine eigene selbständige Republik fordert.

In zwei großen Versammlungen in Köln wurde folgende Entschliebung angenommen:

5000 rheinische Bürger und Bürgerinnen, am 4. Dezember 1918 in der Bürgergesellschaft zu Köln versammelt, fassen folgende Entschliebung: In Anbetracht der tiefgreifenden politischen Umwälzungen im Deutschen Reich, in der Erkenntnis der völligen Unmöglichkeit, in Berlin eine geordnete Regierung zu schaffen, in der Überzeugung, daß die Länder am Rhein nebst Westfalen politisch, kulturell und wirtschaftlich ausreichend staatsbildende Kräfte beinhalten, gibt die Versammlung ihrem festen Willen Ausdruck, die Einheitlichkeit des Reiches zu wahren und den Wiederaufbau eines neuen deutschen Staatswesens von den Ländern am Rhein und Westfalen anzunehmen. Die Versammlung fordert deshalb die anerkannten Vertreter des Volkswillens aller Parteien im Rheinland und Westfalen und den anderen Ländern am Rhein auf, baldigst die Proklamierung einer dem Deutschen Reich angehörigen selbständigen rheinisch-westfälischen Republik in die Wege zu leiten.

Man darf diese Stimmungen nicht unterschätzen und sagen: es wird nicht so schlimm werden. Die Empörung über die Berliner Wirtschaft ist so groß, daß sie auch dem Bruch mit dem Reich ins Auge sieht.

Aus Weilburg und Umgegend

Weilburg, den 9. Dezember 1918.

Die Frauen-Versammlung der „Demokratischen Partei" am Donnerstagabend nahm einen glänzenden Verlauf. Die Räume des „Lord" waren überfüllt. Herr Schuler-Cubach gab in seiner Begrüßungs-Ansprache seiner großen Freude Ausdruck, als aller Demokrat und Befürworter der Frauenrechte die erste politische Frauen-Versammlung in Weilburg bei so unerwarteter großer Beteiligung eröffnen zu können. Der Redner des Abends, Herr Dr. Schwartz, entwarf zuerst ein fesselndes Bild von den Gründen, die uns in die Katastrophe und Revolution führten, kritisierte manche Mißstände, die die ungeheure

Umwälzung mit sich brachte, und schilderte dann das Ziel der „Demokratischen Partei", aus den Trümmern des Alten die freie Volksrepublik der sozialen Gerechtigkeit aufzurichten. Dr. Schwartz legte die ökonomische Geschichtsauffassung von Karl Marx in ihren Hauptzügen auseinander und lehnte eine realistische Vergesellschaftung aller Produktionsmittel ab. Im neuen Volksstaat hat die Frau eine ungeheure Aufgabe zu bewältigen. Vor allem entscheidet sie bei dem Übergewicht der Frauenstimmen die Wahlen zur Nationalversammlung. Die Opfer der Frauen in diesem entsetzlichen Völkermorden und ihre Bewältigung der Hälfte aller volkswirtschaftlichen Arbeit geben der Frau mehr als bisher ein Anrecht auf das „Wahlrecht". Eine Verdoppelung der Stimme des Mannes oder eine unglückliche Ehe befürchtet Dr. Schwartz nicht von dem Frauen-Wahlrecht. Die Frau ist heute freitwillig gesinnt und selbständiger als zur Zeit Treitschke's. Eine unglückliche Ehe würde wohl nur in beschränkten Fällen die Divergenz der politischen Ansichten zwischen Mann und Frau bedeuten. Liebe und Charakter seien das Entscheidende in der Ehe und überbrücken oft tiefe religiöse Meinungsverschiedenheiten. Ernste Arbeit verlangt der Vortragende von den Frauen aller Vorbereitungen für ihre politische Tätigkeit. Beseitigung aller Vorurteile ihres Geschlechts und ihrer Klasse, Beobachtung des öffentlichen Lebens, Lektüre der Tageszeitungen und politischen Schriften, Besuch der Versammlungen aller Parteien, häufiges Fragen und vor allem das Streben, sich eine eigene Meinung zu bilden. Eingehend behandelte Dr. Schwartz dann die Bedeutung aller Parteien für den Staat und die Technik der öffentlichen Beratungen. — An der folgenden sehr interessanten Diskussion beteiligten sich Hrl. Müller und Frau Professor Hellmann. Herr Schuster und Herr Dr. Schwartz gaben auf Wunsch einiger Zuhörerinnen Aufklärung über die jetzigen Parteiverhältnisse und die Verhältniswahl. Zum Schluß wählte die Versammlung einen Frauenausschuß, der mit dem Vorstande der „Demokratischen Partei" politische Fortbildungskurse für Frauen veranstalten soll. Jede Frau von Weibung und Umgegend soll daran teilnehmen. Jugendlosigkeit zur „Demokratischen Partei" ist nicht erforderlich.

Unermittelte Heeresangehörige. Die Beilage zu den „Deutschen Verlustlisten" betr. Unermittelte Heeresangehörige, Nachlass- und Hundstachen, ist soden erschienen und kann von Interessenten in der Geschäftsstelle des „Weilburger Anzeigers" eingesehen werden.

Aufhebung des stellvertretenden Generalkommandos. Der kommandierende General des altin 18. Infanteriecorps von Egel gibt bekannt: Das stellvertretende Generalkommando 18. A.-R. wird mit dem 9. Dezember aufgelöst. An seine Stelle tritt mit diesem Tage wieder das aktive Generalkommando 18. A.-R. in Bad Nauheim. Von da ab sind sämtliche Eingaben, betreffend militärische Angelegenheiten, nicht mehr an das Generalkommando des 18. A.-R. in Bad Nauheim zu richten. In den Räumen des bisherigen stellvertretenden Generalkommandos in Frankfurt, Taunusanlage 9, wird ein Zivil-Departement für den Bereich des 18. A.-R. errichtet. Die Leitung dieses Zivil-Departements liegt in den Händen des Generalmajors v. Studnig, der mit der Auflösung des stellvertretenden Generalkommandos aus seinem bisherigen Militärverhältnis ausgeschieden ist.

Öffentliche Volksversammlung. Nachdem der Termin für die Wahlen zur Nationalversammlung auf den 16. Februar festgesetzt ist, rüfte sich die einzelnen Parteien zur Wahltagung, um Aufklärung im Publikum zu verbreiten. Am geizigen Sonntag fand auf Einladung der christlich-demokratischen Partei (Zentrum) und der deutschen Volkspartei (nationalliberale Partei) eine öffentliche Volksversammlung im Saalbau statt, die von Frauen und Männern bis auf den letzten Platz besucht war. Herr Amtsgerichtsrat Orb eröffnete mit kurzen Begrüßungsworten die Versammlung und erteilte Herrn Rentner Bötz das Wort, der an Stelle des leider verhinderten Herrn Professor Dr. Gotthardt ein Referat über die Stellung seiner Partei erstattete. Herr Bötz dankte im Eingang seiner Ausführungen allen den Männern, die bis zum 9. November dem gemeinsamen Wohle des Staates gedient haben und die auch nachher auf ihrem Posten geblieben sind, um einen Zusammenbruch in diesem Chaos

„Da sind die tausend Mark mein," frohlockte Scharf; denn das, was ich gehört habe, bricht dem Müller das Genick."

Mißbilligend blickte der Richter den Zeugen an und schon wollte er Worte des Tadels an ihn richten, als er sich darauf besann, daß er damit den Zeugen einschüchtern würde. So fragte er nur: „Was wissen Sie darüber? Aber halten Sie sich an die reine Wahrheit. Wer das falsche Zeugnis ablegt wider seinen Nächsten, hat nicht nur irdische, sondern auch ewige Strafen zu gewärtigen." Ernst und eindringlich klang die Mahnung, die erschütternden Eindruck auf den jungen Menschen machte. Er schlug den Blick zu Boden, dann aber redete er sich straff auf und sah dem Untersuchungsrichter frei in die Augen. „Das, was ich sage, ist die reine Wahrheit; denn ich habe alles deutlich gehört. Es war am Tage vor dem Morde, und zwar nachmittags, als der Meister fürchterlich erbot in die Wühle kam. Er suchte wie ein Heide und schnauzte mich und den Lehrling um nichts und wieder nichts an. Dann begab er sich, nachdem er das Werk hatte abstellen lassen, in die nebenan liegende Stube, in der er seine Bücher hat. Ich hatte am Gewerk zu tun und auch noch aufzuräumen. So konnte ich denn hören, wie der Meister in der Stube umherging und laut allerlei redete, so daß ich jedes Wort verstehen konnte. Er sagte eine ganze Menge Zeug, von dem ich aber viel wieder vergessen habe. Gemerkt habe ich mir das, was mir graulich vorkam; denn das hat der Meister laut vor Wut gebrüllt. Diesen Lumpen von Baron, diesen Verbrecher schmeiße ich nieder, wenn er mir vor die Füße kommt. Nicht nur mich, sondern auch seine Brüder hat er betrogen. So was nennt sich nun Baron. Ermorden könnte ich den Bengel mit kaltem Blute. Ja, das tue ich, wenn er's zum äußersten kommen läßt! Das habe ich mir gleich fest eingepägt; denn mir wurde ganz angst dabei zumute. Noch eine ganze Menge solch Zeug hat der Meister damals geredet und dabei zwei Stühle kurz und klein ge-

Auf falscher Fährte.

Roman von Max Esch.

23] Ferner wurde in der neben der Nordstelle stehenden Schonung ein Stück Zeitungspapier aufgefunden, das zu den Ueberresten eines Blattes genau paßte, die sauber zusammengefaßt in einer Tasche der Joppe steckten, die Ruschke am Nordtage nachweisbar getragen. Diese Funde befürchteten in dem Untersuchungsrichter den Verdacht gegen den Müller und Ruschke. Hinzu kam noch, daß ein Waldarbeiter bekundete, er hätte den Müller am Abend des Nordtages, heftig vor sich hinerend und wild mit den Armen in der Luft herumfuchtelnd, quer durch das Unterholz nach der Mühle gehen sehen. Sein Mißbi konnte Jigen nicht lädenlos nachweisen. Auch Ruschke konnte das nicht. Die bei beiden abgehaltenen Hausdurchsuchungen förderten zwar nichts direkt Befastendes zutage, immerhin aber, sah man von dem Briefe ab, von dem der Müller angeblich Gebrauch machen wollte, auch nichts Entlastendes. Beim Müller wurde eine Flinte und bei Ruschke neben zahlreichen Wildschlingen eine Anzahl Patronen und das Jagdgewehr beschlagnahmt, das der Tagelöhner seinerzeit dem Ermordeten abgenommen. Aus diesen Funden ging unzweifelhaft hervor, daß Ruschke ein gefährlicher Wildschütz war. Ein Sachverständiger stellte zudem fest, daß aus dem Gewehr kurze Zeit vorher Schüsse abgegeben waren. Trotz der sich häufenden Schuldbeweise blieben sowohl der Müller als auch Ruschke dabei, mit dem Morde auch nicht das geringste zu tun gehabt zu haben.

Selbst die geschicktesten Kreuzfragen des Untersuchungsrichters konnten sie in ihren Aussagen nicht schwankend machen.

So stand die Untersuchung zunächst auf einem toten Fleck. Das, was sie zutage gefördert, belastete beide Inhaftierten wohl sehr schwer, zu einer Verurteilung konnte

es nach Ansicht des Untersuchungsrichters nicht führen. Da entschloß sich Baron von Felden, der noch immer die leise Hoffnung hegte, der Müller müsse unschuldig sein, eine Belohnung von eintausend Mark auszuweisen, die dem oder denen zufallen sollten, die solche Angaben über den oder die Mörder machen würden, daß eine Verhaftung und Beurteilung erfolgen könne.

Nun trat eine Wendung ein, auf die der erfahrene Kriminalist bis dahin schon nicht mehr gerechnet hatte. Es meldete sich ein Müllerergesse, der in der Jigenschen Mühle tätig war. Erstaunt sah der Richter auf, als ihm ein Gerichtsdiener meldete, daß der Müllerergesse Scharf zu der Mordtat auf Woffin wichtige Befundungen machen wolle.

„Soll eintreten!" rief er dem Beamten zu. Unmittelbar darauf geleitete letzterer einen verlegen um sich blickenden Menschen in das Zimmer. Sowohl der Untersuchungsrichter als auch dessen Sekretär blickten gespannt den Eintretenden an, der angeblich eine wichtige Aussage machen wolle, sie aber so lange für sich behielt, bis das Geld des Barons ihm nun die Junge löste.

„Sie können in der Strafsache kontra Jigen und Genossen wegen Mordes also eine wichtige Befundung machen?" fragte der Untersuchungsrichter, nachdem er sich vorher nach den Personalien des Zeugen eingehend erkundigt. „Warum haben Sie sich bisher nicht gemeldet?"

„Ich bin bei dem Meister beschäftigt," antwortete der Müller, „und wollte ihn nicht ins Unglück stürzen. Wie ist es nun mit der Belohnung, die in der Zeitung gekündigt hat?"

„Also einzig und allein das Geld," sagte sich der Richter, laut aber entgegnete er: „Die Belohnung von eintausend Mark, die Herr Baron von Felden an Gerichtsstelle deponierte, fallen dem oder denen zu, die solche Befundungen machen, daß der Mörder ergriffen respektive überführt werden kann. Falls Sie uns nun eine für die Untersuchung wichtige Angabe machen können, die diesen Zweck erreicht, haben Sie Anspruch auf das Geld."

zu verhindern. Er gab dann das Programm seiner Partei bekannt, das im Grunde dasselbe wie früher geblieben sei, und nur einige kleine Abänderungen erfahren habe. Der Redner wandte sich gegen einige Anordnungen der gegenwärtigen Regierung, wie die Abschaffung des Reichs- und Landtags und der Gefindeordnung, will aber der Regierung keine Schwierigkeiten bereitet sehen, damit die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten bleiben. Zum Schluß forderte er schnellste Einberufung der Nationalversammlung noch vor dem festgesetzten Termin und ermahnte die Versammlung, auch bei den bevorstehenden Wahlen deutsch zu bleiben im Denken und Tun. — Als zweiter Redner sprach Herr Amtsgerichtsrat Dr. Lohmann über die Ergebnisse der Revolution, die Nationalversammlung und die Zukunft Deutschlands. In eingehender Weise behandelte der Redner die Ergebnisse der Revolution in militärischer, politischer, moralischer und wirtschaftlicher Beziehung und zog den Schluß, daß uns die Revolution nichts von dem gebracht habe, was man von ihr erhofft habe; alle wollten befehlen und keiner gehorchen. Dies müsse nach einiger Zeit zum völligen Zusammenbruch führen. Herr Dr. Lohmann beschäftigte sich dann in längeren Ausführungen mit dem sozialistischen Parteiprogramm, wie es in Erfurt i. Jt. aufgestellt wurde und wie es noch heute zu Recht bestehe. Er malte mit dicken Farben ein Bild von den Zuständen, die über unser deutsches Volk her einbrechen werden, wenn die sozialistische Republik zur Einführung gelangen sollte. Er wies die Mittel und Wege, wie wir aus diesen unwürdigen Zuständen, die Deutschland mit Schimpf und Schande beladen haben, wieder herauskommen können und gab der Hoffnung Ausdruck, daß wir später wieder einmal einstimmen könnten in den Ruf: „O, Deutschland hoch in Ehren!“ Lauter Beifall lohnte den Redner für seine lichtvollen und interessanten Ausführungen. Der Amtsgerichtsrat Orb stattete dem Redner den Dank der Versammlung ab. In der anschließenden Diskussion wandte sich Herr R. Poin gegen die Ausführungen des Herrn Dr. Lohmann, der kein gutes Haar an den Ergebnissen der Revolution gelassen habe, während doch durch sie das alte überlebte Staatssystem gestürzt worden sei. Nachdem er noch verschiedene Ausführungen des Herrn Dr. Lohmann einer Kritik unterzogen hatte, empfahl er der Versammlung sich über die Ziele der einzelnen Parteien Aufschluß zu verschaffen und sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen, die Freiheit und Gerechtigkeit wolle. Zwischen Herrn Dr. Lohmann und Herrn Poin entstand noch ein kleiner Redestreit, indem sie ihre gegenseitigen Ansichten bekämpften. Erst in vorgerückter Stunde schloß Herr Dr. Lohmann mit Dank an die Anwesenden die Versammlung.

Am Dienstag, den 10. Dezember, abends 8 1/2 Uhr findet im „Lords“ eine Mitglieder-Versammlung der „Deutschen Demokratischen Partei für den Oberlahnkreis“ statt. Auf der Tagesordnung steht als Referat „Der Landes-Partei-Tag in Wiesbaden“, der am 7. Dezember in Wiesbaden stattgefunden hat. Aus demselben wurden außerordentlich wichtige Beschlüsse gefaßt, die insbesondere auch für die hiesige Ortsgruppe von großer Bedeutung sind. Ein sehr reger Besuch, auch der Frauen ist zu empfehlen.

schlagen. Darauf wurde er ruhiger. Ich schlich mich still zur Mühle hinaus. Kaum aber trete ich auf den Hof, als der Tagelöhner Kusche, den Sie ja auch eingestekt haben, sich von der Wiege auf den Hof förmlich schlich, schen sah er sich nach allen Seiten um, als ob ihm jemand folge. Damals lachte ich über sein komisches Gebaren, aber am nächsten Abend wußte ich, warum der Mensch sich wie der Dieb in der Nacht in die Mühle geschlichen, das böse Gewissen war's; denn mit dem Müller wollte er den Mordplan ausbedenken. Als er mich sah, kam er auf mich zu und fragte nach dem Müller. Ich sagte ihm, wo der Meister sich aufhielt, worauf Kusche in die Stube ging. Da ich mit meiner Arbeit noch nicht fertig war, ging ich in die Mühle zurück und hörte, wie Kusche zum Meister sagte: „Meister Jigen, was haben Sie denn gehabt? Wie sehen Sie aus?“ Darauf erzählte mein Meister, daß er beim gnädigen Herrn gewesen sei, um einen neuen Vertrag wegen der Mühle abzuschließen, daß ihn der Baron aber beleidigt und abgewiesen habe. Jetzt sei ihm alles egal, am liebsten würde er dem Schönfäher einen solchen Denzettel geben, daß ihm Hören und Sehen vergehe. Ladend hat Kusche dann geantwortet: „Da bin ich Ihr Mann, Meister Jigen, ich habe dem Leuteschinder schon lange etwas zugebacht und werde dann Eure Geschichte ebenfalls ins reine bringen, und nicht zu knapp, darauf könnt Ihr Euch verlassen.“ Das wurde so laut gesagt, daß ich jedes Wort verstehen konnte.“

Fortsetzung folgt.

Öffentlicher Wetterdienst

Dienststelle Weilburg. (Landwirtschaftsschule.)
Vorausichtliche Witterung für Dienstag, 10. Dezember
Keine wesentliche Witterungsänderung.

Möglichst sofort

Landhaus

ca. 8 Zimmer mit größerem Garten und ca. 10—20 Morgen Acker und Wiesen von Selbstrentanten zu mieten gesucht. Späterer Ankauf nicht ausgeschlossen. Die Besichtigung soll sich zu Geflügel- und Kleintierzucht eignen. Eventuelles lebendes und totes Inventar wird übernommen. Ausführliche Offerten mit Ansicht unter H. 100 an die Geschäftsstelle.

Dienstag, den 10. Dezember, vormittags 9 Uhr,

werden auf dem Marktplatz in Limburg eine

Anzahl Pferde

und eine große Anzahl Wagen versteigert.

Garnison-Kommando Limburg.

Todes-Anzeige.

Es hat Gott, dem Allmächtigen gefallen, gestern morgen 10 1/2 Uhr meine liebe Gattin, unsere liebe, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter und Tante

Johannette Meurer, geb. Später

nach kurzem Kranksein im Alter von 71 Jahren in ein besseres Jenseits abzurufen.

Wir machen Verwandten, Freunden und Bekannten hierdurch die schmerzliche Mitteilung und bitten um stille Teilnahme.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

D. Meurer, Posthalter.

Weilburg, den 9. Dezember 1918.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 10. Dezember, nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause Frankfurterstr. 5, statt.
Von Trauerbesuchen und Blumenpenden bittet man Abstand zu nehmen.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Hierdurch die traurige Nachricht, dass unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwester und Schwägerin,

Frau

Wilhelmine Erbe,

geb. Hardt

im Alter von 66 Jahren heute nach kurzem Leiden, sanft dem Herrn entschlafen ist.

Essershausen, den 8. Dezember 1918.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 11. Dezember, nachm. 2 Uhr, statt.

Bekanntmachungen der Stadt Weilburg.

Auf Bezugsschnitt 20 geben wir heute

Marmelade

(anstatt Kunsthonig) ab, Einheit 3/4 Pf. = 75 Pfennige und ist solche in allen Kolonialwarengeschäften zu haben.

Sollten die Abschnitte noch nicht alle abgetrennt sein, so werden die Geschäftsinhaber ersucht, solches nach-zuholen.

Die Abgabe von **Kunsthonig** erfolgt im Laufe der Woche nach Ausgabe der neuen Lebensmittelkarte auf Bezugsschnitt Nr. 1.

Lebensmittelstelle.

Heute Montag, den 9. Dezember, geben wir im Rathaussaal

Speisefett

(Einheit 28 Pfg.) an hiesige Familien unter Vorlage der Fettkarten ab, und zwar:

3—4 Uhr Nr. 1—300,

4—5 „ „ 301—600,

5—6 „ „ 601—Schluß.

Die Abgabe erfolgt genau in der oben angegebenen Zeit.

Wegen Mangel an Kleingeld wird dringend ersucht, die Beträge abgezählt bereit zu halten.

Lebensmittelstelle.

Heute nachmittags 5 Uhr geben wir in der Mehgerei

Pferdefleisch

ab. Kleines Geld ist mitzubringen.

Weilburg, den 9. Dezember 1918.

Fleischverteilungsstelle.

Laut Verfügung des stellv. Generalkommandos können für vollendete Vergung von Heeresgerät 10 % der Schätzung des Wertes gezahlt werden. Als geborgen dürfte solches Gut diesel. Erachtens angesehen werden, wenn es an eine militärische oder Zivilbehörde jenseits der neutralen Zone ordnungsgemäß abgeliefert worden ist.

Garnisonkommando Limburg.

Pferde-Versteigerung.

Mittwoch, den 11., Donnerstag, den 12., Freitag, den 13. und eventl. Samstag, den 14. Dezember 1918, jedesmal von 9 Uhr vormittags ab, werden täglich

ca. 150 überzählige Dienstpferde

gegen Barzahlung versteigert. Die Versteigerung findet auf dem Kasernenhof der alten Kaserne (früher Offizier-Gefangenenlager) zu Weilburg a. Lahn statt. Händler werden nicht zugelassen. Jeder Käufer muß eine Pferdefarte oder Ausweis der betr. Bürgermeisterei vorlegen, daß er berechtigt ist, Pferde zu kaufen.

II. Erf. Abt. 1. Kass. Feldart.-Regt. Nr. 27.
3. St. Weilburg a. Lahn.

Deutsche Demokratische Partei

für den Oberlahnkreis.

Am Dienstag, den 10. Dezember, abends 8 1/2 Uhr findet im „Lords“ eine

Mitgliederversammlung

statt.

Referat: „Der Landes-Partei-Tag in Wiesbaden“, zu der wir unsere Mitglieder, insbesondere auch die Frauen, einladen.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Weilburg-Limburg-Diez.

Filiale Weilburg und Umgegend.

Das Vereinslokal befindet Restaurant „Zur Post“, Ecke Limburger- und Bahnhofstraße.

Mitgliederversammlung

Sonntag, den 15. Dezember, nachmittags 2 Uhr,

Tagesordnung:

Vorstandswahl und Kandidatenfrage.

Apollo-Theater.

Weilburg. (Vielspiele.)

Limburgerstr. 6.

Heute und folgende Tage

nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr Vorstellung.

Sein Todfeind.

Abenteuer eines jungen Diplomaten.

Zwanzig Minuten Aufenhalt.

Quittspiel in 2 Akten.

Herr sucht für 15. Debr.

möbl. Zimmer.

Angebote an

Kanert. Limburg,

Guteplatz 3.



Nachruf.

Als Lebensblüte Ihr erblicket
Zogt hinaus ins Feindesland;
Doch ach, Ihr würdet uns zerrütet
Durch der Feinde tödliche Hand.

Eure Jünglingsgebilde sehweben
Um unser aller Seile
In Wehmut denken wir bangen
Ihr gingt zu früh uns heim.

Die irdischen Hüllen nun vernichtet
Für diese Erdezeit
Die Seelen jetzt hoch aufgerichtet
Umsehweben uns Allerzeit.

Am 4. Oktober starb den Heldentod in Frankreich unser lieber guter Kamerad und treuer Freund, der

Schütze Erwin Heymann

In einer Masch.-Gew.-Abteil., Inhaber des Eisernen Kreuzes 2r Klasse im jugendlichen Alter von 21 Jahren.

Barig-Selbhausen, den 9. Dezember 1918.

Gewidmet von ihren Kameraden und Freundinnen:

Otto Hardt.
Wilhelm Jung.
Helmrich Ringsdorf.
Wilhelm Klees.
Karl Jung.
Wilhelm Knoetsch.
Richard Müller.
Hermann Hardt.
Adolf Hardt.

Wilhelmine Seelbach.
Henriette Sattler.
Pauline Meier.
Emma Irmer.
Anna Müller.
Emille Sattler.
Henriette Jung.
Lina Irmer.

Lina Horz.
Wilhelmine Ringsdorf.
Wilhelmine Hardt.
Emma Hardt.
Bertha Ringsdorf.
Luise Jung.
Luise Ringsdorf.
Lina Jung.

Emma Jung.
Lina Zipp.
Wilhelmine Hermann.
Henriette Ringsdorf.
Minna Jung.

Am 28. Oktober starb infolge schwerer Krankheit in einem Lazarett, wo er Heilung von einer schweren Verwundung suchte, unser lieber guter Kamerad und treuer Freund

Gefreite Julius Sattler

In einem Feld-Artl.-Regt., Inhaber des Eisernen Kreuzes 2r Klasse im jugendlichen Alter von 21 Jahren.

Männer und Frauen des Oberlahnkreises!

Am 1. Dezember 1918 ist in Weilburg

„Die Deutsche Demokratische Partei für den Oberlahnkreis“

gebildet worden. Wir wollen im Anschluß an die in Berlin aus der überwiegenden Mehrzahl der Mitglieder und Wähler der „Fortschrittlichen Volkspartei“ und eines großen Teiles der „Nation. Partei“ gebildete „Deutsche Demokratische Partei“ folgende Ziele erstreben;

Einheit des Reiches als demokratische Republik.

Volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger beiderlei Geschlechts.

Zusammentritt einer verfassunggebenden Nationalversammlung, hervorgegangen aus allgemeinen, geheimen und direkten Verhältniswahlen.

Allgemeine internationale Abrüstung, Selbstbestimmungsrecht der Völker und Eintritt Deutschlands in einen Bund gleichberechtigter Nationen.

Wiederaufbau unserer Wirtschaft nach den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit. Die von der Sozialdemokratie geforderte Bergesellschaftung aller Produktionsmittel lehnen wir ab. Wir verlangen:

Die Ueberführung der monopolistisch entwickelten Großbetriebe, die in den Händen des Einzelnen zu einer Ausbeutung der Gesamtheit führen, in den Besitz des Staates oder der Gemeinden. Die Einschränkung des Großgrundbesitzes und Aufteilung der Staatsdomänen, damit das Bauerntum gestärkt und vermehrt werden kann.

Gesetzliche Sicherstellung der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenrechte sowie internationale Durchführung eines sozialpolitischen Mindestprogramms.

Stärkste Erfassung der Kriegsgewinne und größere Heranziehung der Einkommen, Vermögen und Erbschaften.

Sicherung der Ansprüche der Kriegsteilnehmer, ihrer Witwen und Waisen, Stützung der selbständigen Mittelschicht und Freiheit für den Aufstieg des Tüchtigen durch Vereinfachung des ganzen Schul- und Bildungswesens.

Männer und Frauen des Oberlahnkreises!

Der alte Staat ist zerbrochen! Entsetzliche Wunden haben uns die Fehler der Vergangenheit und der Krieg geschlagen. Helst alle, aus den Trümmern des Alten die deutsche demokratische Republik aufbauen! Wer sich innerlich zu unseren Grundsätzen bekennt, der hat heute die Ehrenpflicht sich uns anzuschließen.

Im Auftrage der „Demokrat. Partei für den Oberlahnkreis“.

Heinrich Bierbrauer, Fabrikant, Ebnberg. Frau Professor Hedwig Hellmann, Jäger, Lehrer Drommershausen. Gerthold Jessel, Kaufmann. Fr. Klein, Schuhmachermeister und Landwirt, Cubach. Theodor Kirchberger, Kaufmann. Wilhelm Link, Oberpostschaffner. Albert Pfeiffer, Schriftleiter. Emil Schäfer, Schneidermeister. A. Schulze, Steuerinspektor. J. Schuster sen., Land- und Gastwirt, Cubach. Dr. Schwarte, Oberlehrer. A. Steinmetz, Rentner. A. Wagner, Landwirt, Fürfurt. I. Wagner, Oberlehrer. Fr. Wilh. Weber, Rentner. Frau Kaufmann August Zimmer.

Anmeldung bei allen obengenannten Mitgliedern. — Mindestbeitrag Mark 2.—.

Nassauer herbei für die Deutsche demokratische Partei.

Wir fordern:

1. Einen freien Volksstaat und bekämpfen jede Gegenrevolution von unten und oben.
2. Sofortige Wahlen zur Nationalversammlung nach der gleichen, geheimen und direkten Verhältniswahl für alle großjährigen Volksgenossen beiderlei Geschlechts.
3. Energische Fortführung der sozialen Gesetzgebung, Sicherung des Koalitionsrechtes aller Stände, Maßnahmen zum Neuaufbau unserer Wirtschaft, Schaffung von Bauernland durch Aufstellung von Domänen und geeigneter großer Güter.
4. Aufrechterhaltung der Ordnung, Sicherung des Eigentums, glatte Erledigung der Verwaltungsgeschäfte in Reich, Staat und Gemeinde und vor allem

Frieden, Arbeit und Brot!

Anmeldungen zur Deutschen demokratischen Partei erfolgen bei den Ortsvereinen oder bei der Geschäftsstelle des Landesverbandes in Wiesbaden, Bachmayerstraße 10.

Die Schreiner, Buchbinder, Maler, Wagenbauer, Tapezierer des Kreises können die **Anmeldebücher für ihren Kreisbedarf** der Monate Januar, Februar, März 1919 bei mir abholen. Dieselben müssen ausgefüllt bis spätestens 20. Dezember bei mir eingereicht sein.

Bund der Berufsvereinigungen deutscher Gewerbetreibender, Ortsstelle Weilburg, E. Schäfer.

Bauernräte!

Am **Dienstag, den 10. Dezember**, nachmittags **4 Uhr**, findet in **Weilmünster** im Lokal: Christian Kramer ein

Vortrag des Dr. Hornig

vom geschäftsführenden Ausschuss des Nassauischen Landesbauernrats über „die neue Organisation der Nassauischen Landbevölkerung, Bauernräte, Kreisbauernräte und Nassauischen Landesbauernrat und deren Zusammenwirken mit den Arbeiterorganisationen“ statt. Zahlreicher Besuch der Versammlung, insbesondere durch die Bauernräte, ist im eigenen Interesse der landwirtschaftlichen Bevölkerung dringend erwünscht. Jedermann hat freien Zutritt!

Wiesbaden, den 3. Dezember 1918.

Provisorischer Nassauischer Landesbauernrat

Wiesbader, Rheinstraße 92, Telephon 529, 539.

Am 5. 12. 18 abends wurde bei dem Mühlberg ein grauer **Jurges Ehepaar** sucht für dauernd **möbliertes Zimmer**, wennmöglich mit Klavier und Pension. Off. unter E. 375 an die Geschäftsstelle.

Wäschefack

mit rotweißen Streifen verloren. Aufschrift: Müller-Diebler, Oberl. u. Abj. II. Abt. S. N. 27. Der Finder wird höflich gebeten, den Wäschefack bei der 4. Grf. Str. Grf. Abt. Feldart. Regt. 27 (Kaserne) gegen gute Belohnung abzugeben.

Das Einrahmen von Bildern wird billig und prompt besorgt. **Weihnachtsaufträge** erbitte bald zu bestellen. A. Dittert.

Möbl. Zimmer

möglichst mit Pension von einem Herrn sofort gesucht. Offerten unter W. 20 an die Geschäftsstelle.

Möbl. Zimmer

mit Kaffee für voraussichtlich längere Zeit von Kaufmann zu mieten gesucht. Angebote unter G. 50 an die Geschäftsstelle.